

Inhalt

■ Ausschreibungen.....	5
Europäisches Parlament: Europäisches Jahr der Jugend.....	5
Erasmus+ Programm: #BeActive Awards (vier Aufrufe).....	5
Neues Europäisches Bauhaus: Lokale Initiativen	6
Erasmus für Jungunternehmer.....	6
Katastrophenschutzverfahren der Union (UCPM)	7
Katastrophenschutzverfahren der Union (UCPM) - Natürliche oder vom Menschen verursachte Gefahren	7
ESF+: Unterstützung von Sozialfinanz-Intermediären	8
AMIF: Prävention irregulärer Migration.....	9
Erasmus+ Programm: Erasmus+ Lehrerakademien ..	9
■ Öffentliche Konsultationen	10
Abwanderung von Fachkräften.....	10
■ EU-Politik.....	11
Ukraine: Flüchtlingshilfe des humanitären EU-Einsatzes in der Republik Moldau	11
Zukunft Europas: Konferenz kurz vor Fertigstellung der politischen Empfehlungen.....	11
„Stand Up for Ukraine“: Unterstützung von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen.....	11
Ukraine: Fünftes Sanktionspaket gegen Russland ...	12



Neues Europäisches Bauhaus.....	12
Eurobarometer: Deutsche setzen auf europäische Lösungen bei Energie, Sicherheits- und Außenpolitik	13
DiscoverEU – Bewerbungsrunde 2022.....	13
Unterstützung von grenzübergreifendem Journalismus	14
Strategische Reserven für chemische, biologische und nukleare Notfälle	14
Ernährungskrise: Unterstützung der Sahelzone und der Tschadseeregion.....	15
Ukraine: Anerkennung von Qualifikationen von Flüchtlings	15
Moldau: EU stockt Unterstützung auf	16
Kommission präsentiert neue Personalstrategie	16
Kohäsionsmittel für Geflüchtete aus der Ukraine	16
Afghanistan, Iran, Pakistan: Humanitäre Hilfe.....	17
Eurobarometer: Rolle der EU beim Zugang zu COVID- 19-Impfstoffen	18
„Destination Earth“ –Bekämpfung des Klimawandels und zum Schutz der Natur.....	18
Der Grüne Deal: Nachhaltige Produkte als Norm / Europas Ressourcenunabhängigkeit	19
Stand Up For Ukraine: Neues System für Sachspenden aus dem Privatsektor	19
Europäische Koordinierung der Aufnahme von Kriegsflüchtlings aus Ukraine: Zehn-Punkte-Plan ..	19
Europäische Mobilitätswoche 2021	20
REACT-EU: Deutschland erhält zusätzliche Unterstützung nach COVID-19-Pandemie	20
Europäisches Jahr der Jugend: Neustart des Europäischen Azubi-Netzwerks.....	21



SURE: Dritter Bericht zeigt anhaltenden Erfolg.....	21
Weltweite Ernährungssicherheit.....	22
Kommission genehmigt erste Interreg -Programme .	22
Ukraine: 3,4 Mrd. Euro REACT-EU-Vorfinanzierung für Mitgliedstaaten.....	23
Europäisches Forum für humanitäre Hilfe	23
Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt („PEPP“)	24
Flüchtlinge aus der Ukraine: Richtlinie über vorübergehenden Schutz	24
REACT-EU: 39 Mio. für Baden-Württemberg und Bayern	25
EU-Kohäsionspolitik: Kohesio-Plattform	26
Öffnung des internationalen Beschaffungswesens ..	26

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e.V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel, Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778 E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303, E-Mail: europa@paritaet.org.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e.V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe April 2022 ist der 29.04.2022.

■ Ausschreibungen

Europäisches Parlament: Europäisches Jahr der Jugend

Im Rahmen des „Europäischen Jahres der Jugend“ scheidet das Europäische Parlament Zuschüsse aus. Die Einreichfrist endet am **11.05.2022**.

Das Hauptziel besteht darin, das aktive Engagement junger europäischer Bürger*innen beim Aufbau einer lebendigen europäischen Demokratie zu fördern und zu erleichtern, wobei insbesondere ihre Teilnahme an den Europawahlen 2024 zu berücksichtigen ist. Das Europäische Parlament möchte Projekte mit einem Arbeitsprogramm unterstützen, das zwei Arten von Maßnahmen umfasst:

1. Schaffung europaweiter Netzwerke von Befürworter*innen demokratischer Partizipation;
2. Gestaltung und Umsetzung des Aufbaus von Kapazitäten durch Schulungen, die darauf abzielen, jungen Anwält*innen Fähigkeiten, Kompetenzen und Werkzeuge zu vermitteln, um eine aktive Rolle im demokratischen Leben und bei der Förderung der demokratischen Werte zu spielen.

Für diesen Aufruf stehen ca. 1 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Erasmus+ Programm: #BeActive Awards (vier Aufrufe)

Im Rahmen des Erasmus+ Programms schreibt die Europäische Kommission vier #BeActive Awards aus. Die Einreichfrist für alle Aufrufe endet am **19.05.2022**.

Die „#BeActive Awards 2022“ zielen darauf ab, Projekte und Initiativen zu belohnen und sichtbar zu machen, die Sport und körperliche Aktivität in ganz Europa erfolgreich gefördert haben.

Je nach Preis können sich die Projekte auf Bildungseinrichtungen und Arbeitsplätze sowie auf Einzelpersonen in lokalen Gemeinschaften konzentrieren. Auch durch Sport und Bewegung können sie die generationenübergreifende Verbundenheit unterstützen und fördern.

Insgesamt stehen 60 000 Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Neues Europäisches Bauhaus: Lokale Initiativen

Die Kommission hat drei neue Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen angekündigt, damit das Neue Europäische Bauhaus konkrete Wirklichkeit wird. Die Unterstützung ist speziell für Bürger*innen sowie Groß- und Kleinstädte gedacht, damit diese das Projekt „Neues Europäisches Bauhaus“ fest in ihren Gemeinschaften verankern können.

Der Schwerpunkt der ersten und zweiten Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) liegt auf Maßnahmen zur Beteiligung der Bürger*innen und auf der gemeinsamen Gestaltung öffentlicher Räume mit Bürger*innen.

Im Rahmen der Projekte sollen lokale Akteure inspirierende, attraktive und nachhaltige Ideen für die Neugestaltung öffentlicher Räume in Städten sowie in städtischen und ländlichen Gebieten vorbringen und so neue Lösungen für den Wandel schaffen. Die Frist für die beiden Aufforderungen des EIT endet am **29.05.2022**.

Durch die dritte Aufforderung „Unterstützung lokaler Initiativen im Rahmen des Neuen Europäischen Bauhauses“ sollen kleine und mittlere Gemeinden technische Hilfe erhalten.

Die Einreichfrist endet am **23.05.2022**.

Weitere Informationen: [Aufforderung „Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung“](#), [Website zur Aufforderung „Gemeinsame Gestaltung des öffentlichen Raums“](#), [Aufforderung „Unterstützung lokaler Initiativen im Rahmen des Neuen Europäischen Bauhauses“](#)

Erasmus für Jungunternehmer

Im Rahmen des Binnenmarktprogramms hat die Europäische Kommission einen Aufruf für „Erasmus für Jungunternehmer“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **08.06.2022**.

„Erasmus für Jungunternehmer“ ist ein grenzüberschreitendes Austauschprogramm, das neuen oder aufstrebenden Unternehmern die Möglichkeit gibt, von erfahrenen Unternehmern zu lernen, die kleine Unternehmen in anderen teilnehmenden Ländern führen, und erfahrenen Unternehmern Zugang zu innovativen Ideen und neuen Partnermärkten verschafft.

Das allgemeine Ziel des Programms besteht darin, den Unternehmergeist zu stärken, die internationale Ausrichtung und Wettbewerbsfähigkeit europäischer KMU zu entwickeln und potenzielle Existenzgründer*innen sowie neu gegründete Kleinst- und Kleinunternehmen in den teilnehmenden Ländern zu fördern.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Katastrophenschutzverfahren der Union (UCPM)

Im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union hat die Europäische Kommission einen Aufruf für Partnerschaften von Wissensnetzen veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **09.06.2022**.

Die Projekte im Rahmen der Aufforderung werden thematische Gemeinschaften / Kompetenzzentren einrichten, die Wissen, Fähigkeiten, Fachwissen, Innovation und wissenschaftliche Erkenntnisse zur Unterstützung der Kapazitätsentwicklung und der wissenschaftlichen Säulen des Wissensnetzwerks generieren, fördern, testen, austauschen und verbreiten .

Die thematischen Gemeinschaften / Kompetenzzentren werden multinationale und multidisziplinäre spezialisierte Gruppen mit organisatorischen Umgebungen sein, die danach streben, hohe Verhaltensstandards in den Bereichen Kapazitätsentwicklung, Lernen, Forschung und Innovation im Katastrophenschutz und Katastrophenrisikomanagement zu entwickeln. Die thematischen Gemeinschaften bringen Personen aus Institutionen zusammen, die sich mit Katastrophenprävention, -vorsorge und -bewältigung befassen.

Insgesamt stehen 2,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Katastrophenschutzverfahren der Union (UCPM) - Natürliche oder vom Menschen verursachte Gefahren

Im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union hat die Europäische Kommission einen Aufruf für Partnerschaften von Wissensnetzen (Thema: natürliche oder vom Menschen verursachte Gefahren) veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **09.06.2022**.

Die Aufforderung für Partnerschaften von Wissensnetzen 2022 zielt darauf ab, zur Konsolidierung und Operationalisierung des Wissensnetzes der Union für den Katastrophenschutz beizutragen, indem Projekte finanziert werden, die die Entwicklung seiner Schlüsselaktivitäten direkt unterstützen.

Thematische Gemeinschaften / Kompetenzzentren werden sich auf eine bestimmte natürliche oder vom Menschen verursachte Gefahr, Gefahrencluster oder ein bestimmtes Bereitschafts- und Reaktionsszenario konzentrieren.

Insgesamt stehen 1,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

ESF+: Unterstützung von Sozialfinanz-Intermediären

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des ESF+-Programms einen Projektauftrag zum Thema „Transaktionskosten zur Unterstützung von Sozialfinanz-Intermediären“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **14.06.2022**.

Diese Aufforderung zielt darauf ab, die Entwicklung des Marktes für Sozialinvestitionen weiter zu unterstützen und den Zugang zu Finanzmitteln für Sozialunternehmen durch Zuschüsse an Vermittler im Bereich der Finanzierung von Sozialunternehmen durch teilweise Deckung der Transaktionskosten zu erleichtern. Die geplanten Aktivitäten basieren auf der Tatsache, dass die wichtigste Finanzierungslücke für Sozialunternehmen unter 500 000 Euro liegt.

Aktivitäten im Zusammenhang mit der Vorbereitung, dem Abschluss und der Weiterverfolgung von langfristigen Risikokapitalinvestitionen in Sozialunternehmen können im Rahmen dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen finanziert werden.

Anträge können von juristischen Personen gestellt werden, die ein Investmentfonds, ein Dachfonds, Zweckgesellschaften oder (Ko-) Investmentprogramme in jeglicher Form sind.

Für diesen Aufruf stehen 4 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

AMIF: Prävention irregulärer Migration

Im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) hat die Europäische Kommission einen Aufruf zum Thema „Prävention irregulärer Migration durch Sensibilisierungs- und Informationskampagnen zu den Risiken irregulärer Migration in ausgewählten Drittstaaten und innerhalb Europas“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **05.07.2022**.

Das allgemeine Ziel besteht darin, zur Änderung der Wahrnehmung und des Verhaltens von Drittstaatsangehörigen beizutragen, die erwägen, irregulär in die EU einzuwandern, und von wichtigen Einflussnehmenden auf diese Entscheidungen (z.B. Familien, religiöse oder kommunale Leiter*innen, Lehrer*innen, zurückkehrende Migrant*innen, Anbieter von Dienste zur Erleichterung der Migration).

Insgesamt stehen 8 Mio. Euro zur Verfügung-

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Erasmus+ Programm: Erasmus+ Lehrerakademien

Im Rahmen des Erasmus+ Programms hat die Europäische Kommission einen Aufruf zum Thema „Exzellenzpartnerschaft - Erasmus+ Lehrerakademien“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **07.09.2022**.

Das übergeordnete Ziel besteht darin, europäische Partnerschaften von Anbietern der Lehrerbildung und -ausbildung zu schaffen, um Erasmus+-Lehrerakademien einzurichten, die eine europäische und internationale Perspektive in der Lehrerbildung entwickeln werden.

Diese Akademien werden Mehrsprachigkeit, Sprachbewusstsein und kulturelle Vielfalt umfassen, die Lehrerbildung im Einklang mit den bildungspolitischen Prioritäten der EU entwickeln und zur Verwirklichung der Ziele des Europäischen Bildungsraums beitragen.

Insgesamt stehen 15 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

■ Öffentliche Konsultationen

Abwanderung von Fachkräften

Mit der Konsultation wird darauf abgezielt, Rückmeldungen zum Umfang und zur Dynamik der Abwanderung von Fachkräften und zu den betroffenen Gebieten zu erhalten. Ein weiteres Ziel ist die Erfassung erfolgreicher Verfahren und regionaler Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte.

Unter Abwanderung von Fachkräften versteht man die Abwanderung von qualifizierten Menschen, deren Qualifikationen an ihrem Herkunftsort knapp sind. Diese Abwanderung kann negative Auswirkungen auf nationaler oder regionaler Ebene haben und Probleme in Regionen verschärfen, die unter Bevölkerungsrückgang leiden.

Im Rahmen dieser Initiative werden die verschiedenen Triebfedern dieser Abwanderung, ihre langfristigen Folgen für die EU und potenzielle umfassende Lösungen untersucht, die die Abwanderung stoppen oder sogar umkehren sollen.

Beiträge können bis zum **21.06.2022** eingereicht werden.

Weitere Informationen: https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13394-Abwanderung-von-Fachkräften-Braindrain-Abmilderung-der-mit-dem-Bevölkerungsrückgang-verbundenen-Herausforderungen-Mitteilung-public-consultation_de

■ EU-Politik

Ukraine: Flüchtlingshilfe des humanitären EU-Einsatzes in der Republik Moldau

Seit Beginn der russischen Invasion am 24.02.2022 ist infolge des Flüchtlingsstroms aus der Ukraine in die Nachbarländer der Bedarf an humanitärer Hilfe sprunghaft angestiegen. Die Kommission setzt alles daran, Soforthilfe für Menschen in Not zu leisten, u.a., indem sie Länder wie die Republik Moldau bei der Bewältigung unterstützt.

Zusätzlich zu bereits bereitgestellten EU-Mitteln für humanitäre Hilfe wird in Moldau diese Woche im Rahmen der [europäischen Kapazität für humanitäre Hilfe](#) (EHRC) auch ein humanitärer Einsatz durchgeführt, um die Notfallmaßnahmen der EU zu intensivieren und bereits vor Ort tätige humanitäre Partner zu unterstützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2396

Zukunft Europas: Konferenz kurz vor Fertigstellung der politischen Empfehlungen

Auf der Plenartagung der Konferenz zur Zukunft Europas vom 08. und 09.04.2022 wurden konkrete Vorschläge erörtert. Der Vorsitz und die Sprecher von neun [Arbeitsgruppen](#) legten dem Konferenzplenum thematisch gegliederte Vorschläge in konsolidierter Form vor.

Das Abschlussplenum der Konferenz ist für den 29. und 30.04.2022 in Straßburg geplant.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2402

„Stand Up for Ukraine“: Unterstützung von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen

Mit der weltweiten Geberkonferenz und Kampagne „Stand Up for Ukraine“ wurden 9,1 Mrd. Euro für Menschen mobilisiert, die vor der russischen Invasion entweder innerhalb der Ukraine oder aus der Ukraine ins Ausland fliehen, darunter 1 Mrd. Euro von der Europäischen Kommission.

Darüber hinaus hat die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ein Darlehen in Höhe von 1 Mrd. Euro angekündigt, um die Bedürfnisse der durch die Invasion vertriebenen Menschen zu decken.

Von diesen Zusagen und EBWE-Mitteln in Höhe von insgesamt 10,1 Mrd. Euro sind 1,8 Mrd. Euro für Binnenvertriebene und 8,3 Mrd. Euro für Flüchtlinge in EU-Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und in Ländern wie der Republik Moldau bestimmt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2382

Ukraine: Fünftes Sanktionspaket gegen Russland

Die EU-Kommission begrüßte die Einigung im Rat am 08.04.2022 auf ein fünftes Sanktionspaket gegen das Putin-Regime als Reaktion auf den brutalen Angriff gegen die Ukraine und die dort lebenden Menschen.

Zusammen mit den vier vorangegangenen Paketen wird der Kreml durch diese Sanktionen wirtschaftlich noch stärker unter Druck gesetzt und von Finanzierungsquellen für seine Invasion der Ukraine abgeschnitten. Diese Maßnahmen sind umfassender und strenger, so dass sie die russische Wirtschaft noch härter treffen. Die Schritte wurden mit den internationalen Partnern abgestimmt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2332

Neues Europäisches Bauhaus

Die Kommission bringt am 07.04.2022 das Labor des Neuen Europäischen Bauhauses (NEB) auf den Weg, einen „Think-and-Do-Tank“, der dazu beitragen soll, dass das Neue Europäische Bauhaus mithilfe konkreter und greifbarer Projekte Wirklichkeit wird.

Die Schaffung des „NEB-Labors“ beginnt mit einem Freundschaftsauftrag des Neuen Europäischen Bauhauses an Unternehmen und öffentliche Akteure wie Dörfer, Städte und Regionen, sich direkter am Neuen Europäischen Bauhaus zu beteiligen.

Das Neue Europäische Bauhaus ist ein ökologisches, wirtschaftliches und kulturelles Projekt, mit dem Design, Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit, Erschwinglichkeit und Investitionen kombiniert werden sollen, um einen Beitrag zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals zu leisten.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2285

Eurobarometer: Deutsche setzen auf europäische Lösungen bei Energie, Sicherheits- und Außenpolitik

Ob bei Energie, Sicherheits- oder Außenpolitik: Die Deutschen sind weiter für Ansätze auf europäischer Ebene. Das zeigen die veröffentlichten nationalen Ergebnisse der jüngsten Eurobarometer-Umfrage, die im Januar / Februar 2022 kurz vor Russlands Invasion der Ukraine durchgeführt wurde.

Aus der Umfrage geht hervor, dass 81% der befragten Deutschen und 71% der Europäer*innen für eine gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedstaaten sind. Für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind laut Umfrage 83% der Deutschen und 77% der Europäer*innen. 58% der befragten Deutschen lehnten im Erhebungszeitraum Januar / Februar eine Aufnahme weiterer Länder in die EU ab. In der Europäischen Union insgesamt ist allerdings mit 47% eine relative Mehrheit für eine Aufnahme weiterer Staaten.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eurobarometer-deutsche-setzen-auf-europaische-losungen-bei-energie-sicherheits-und-aussenpolitik-2022-04-07_de

DiscoverEU – Bewerbungsrunde 2022

DiscoverEU, die Kommissions-Einladung an 18-Jährige zur Europa-Erkundung per Zug, geht in die erste Bewerbungsrunde 2022. Vom 07.04. bis 21.04.2022 können sich junge Menschen in Erasmus+-Programmländern um einen der 35 000 Gratis-Travel-Pässe bewerben.

In diesem Jahr steigt DiscoverEU bei Erasmus+ ein. Deshalb und aufgrund der aufgestockten Mittel im Europäischen Jahr der Jugend 2022 werden diesmal 70 000 Travel-Pässe vergeben: 35 000 in der aktuellen Bewerbungsrunde — und weitere 35 000 in einer für Oktober geplanten Runde.

Zusätzlich zum Travel-Pass gibt es diesmal auch die DiscoverEU-Rabattkarte. Sie bietet 40 000 Preisnachlässe auf öffentliche Verkehrsmittel, Kultur, Unterkunft, Verpflegung, Sport und andere Dienstleistungsangebote in allen teilnehmenden Ländern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2288

Unterstützung von grenzübergreifendem Journalismus

Sieben Zusammenschlüsse von Nachrichtenmediensorganisationen erhalten Unterstützung von der EU für grenzübergreifende Projekte zur Stärkung des Nachrichtensektors.

Im Mittelpunkt der Projekte stehen insbesondere die Zusammenarbeit, die gemeinsame Erstellung mehrsprachiger Inhalte und die Entwicklung journalistischer Standards und Netzwerke. Die Projektbegünstigten sind in ihrer redaktionellen Arbeit vollkommen unabhängig.

Die sieben Journalismus-Partnerschaftsprojekte werden aus dem Programm Kreatives Europa finanziert. Weitere Informationen zu den Projekten sind hier abrufbar.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2297

Strategische Reserven für chemische, biologische und nukleare Notfälle

Um die Krisenvorsorge und -reaktion der EU bei Gefahren für die öffentliche Gesundheit u.a. durch chemische, biologische, radiologische und nukleare (CBRN) Bedrohungen zu verbessern, bildet die Kommission im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens strategische Reserven an Bewältigungskapazitäten. Dazu gehört ein strategischer rescEU-Vorrat in Höhe von 540,5 Mio. Euro, der in enger Zusammenarbeit mit der Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) eingerichtet wurde.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2218

Ernährungskrise: Unterstützung der Sahelzone und der Tschadseeregion

Vor dem Hintergrund der Verschlechterung der Ernährungssicherheit und -qualität infolge der Invasion Russlands in die Ukraine verstärkt die Europäische Union ihr politisches und finanzielles Engagement zugunsten der Partnerländer in Afrika.

Im Jahr 2022 werden insgesamt 554 Mio. Euro gezielt für die Verbesserung der Ernährungssicherheit in der Sahelzone und in der Tschadseeregion bereitgestellt. Dort leiden Millionen von Menschen unter einer prekären Lage, die sich noch verschlimmern könnte.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2245

Ukraine: Anerkennung von Qualifikationen von Flüchtlingen

Die Kommission hat eine [Empfehlung](#) zur Anerkennung der akademischen und beruflichen Qualifikationen von Menschen, die vor der Invasion Russlands in der Ukraine fliehen, veröffentlicht. Die Empfehlung gibt den Behörden der Mitgliedstaaten Leitlinien und praktische Ratschläge für ein rasches, faires und flexibles Anerkennungsverfahren an die Hand.

Die Erfahrung lehrt uns, dass Flüchtlinge oft Tätigkeiten verrichten, die unter ihrem Qualifikationsniveau liegen, und häufig schlechten Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind. Dies gilt insbesondere für Frauen, die einen großen Anteil der Geflüchteten ausmachen.

Die Empfehlung zielt darauf ab, Kriegsflüchtlingen den Zugang zu reglementierten Berufen zu erleichtern. Angesichts des Zustroms von Kriegsflüchtlingen besteht ein höherer Bedarf an diesbezüglich Qualifizierten, da Flüchtlinge Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung und Bildung benötigen, und zwar häufig in ihrer Muttersprache. Durch die vereinfachte Anerkennung akademischer und beruflicher Qualifikationen kann daher ein Beitrag dazu geleistet werden, dass ankommende Fachkräfte ihren Beruf schnell wieder ausüben und ihren Landsleuten Unterstützung bieten können.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2296

Moldau: EU stockt Unterstützung auf

Der für Nachbarschaft und Erweiterung zuständige EU-Kommissar Olivér Várhelyi hat am 05.04.2022 angekündigt, die Republik Moldau mit weiteren 53 Mio. Euro bei der Bewältigung der vielfältigen Auswirkungen des militärischen Angriffs Russlands gegen die Ukraine zu unterstützen. Gewährt werden die Mittel schnellstmöglich über ein Budgethilfeprogramm.

Die Ankündigung erfolgte auf der Berliner Ministerkonferenz zur Einrichtung der Unterstützungsplattform für Moldau. Diese von Deutschland, Frankreich und Rumänien eingerichtete Plattform bringt die EU-Mitgliedstaaten, G7-Länder, internationale Partner und gleichgesinnte Länder zusammen, um angesichts der derzeitigen Lage sofortige und konkrete internationale Unterstützung für Moldau zu mobilisieren.

Die beschlossene Budgethilfe in Höhe von 53 Mio. Euro ergänzt die laufende, von der EU bereits für Moldau gewährte Krisenhilfe.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2272

Kommission präsentiert neue Personalstrategie

Die Kommission hat am 05.04.2022 eine neue Personalstrategie angenommen. Damit will sie die Voraussetzungen schaffen, um im Interesse aller Europäer*innen Leistung auf höchster Ebene zu erbringen und zu diesem Zweck einen modernen Arbeitsplatz und eine attraktive Berufslaufbahn zu bieten, die es ermöglichen, Spitzentalente aus allen Mitgliedstaaten anzuziehen.

Teil der Strategie ist die heutige Mitteilung über die Ökologisierung, in der dargelegt wird, wie die Kommission bis 2030 klimaneutral werden soll.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1783

Kohäsionsmittel für Geflüchtete aus der Ukraine

Der Einsatz europäischer Fördermittel zur Finanzierung der Grundbedürfnisse von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine soll schneller und unbürokratischer werden.

Dafür hat die EU-Kommission am 01.04.2022 vorgeschlagen, ein vereinfachtes Finanzierungsverfahren im Rahmen der Kohäsionspolitik 2014 bis 2020 einzuführen, das eine sog. „vereinfachte Kostenoption“ vorsieht. Damit sollen Ausgaben für die unmittelbaren Bedürfnisse der Geflüchteten abgedeckt werden – etwa für Nahrungsmittel, Unterbringungs- und Transportkosten.

Die geplanten Änderungen ergänzen die bereits vorhandene Flexibilität, die durch den [Vorschlag für den Einsatz von Kohäsionsmitteln zugunsten von Flüchtlingen in Europa \(CARE\)](#) und die Aufstockung der gesamten Vorfinanzierung im Rahmen von [REACT-EU](#) um 3,4 Mrd. Euro ermöglicht wurde.

Der Vorschlag der Kommission sieht vor, dass die Mitgliedstaaten für Personen, die gemäß der [Richtlinie über vorübergehenden Schutz](#) in ihrem Land aufgenommen wurden und sich noch dort aufhalten, einen wöchentlichen Pauschalbetrag in Anspruch nehmen können. Diese Möglichkeit kann für maximal 13 Wochen ab der Ankunft der jeweiligen Person in der EU genutzt werden.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/einsatz-von-kohasionsmitteln-fur-gefluchtete-aus-der-ukraine-soll-erleichtert-werden-2022-04-01_de

Afghanistan, Iran, Pakistan: Humanitäre Hilfe

Auf der Geberkonferenz für Afghanistan am 31.03.2022 in wird die Kommission 113 Mio. Euro an humanitärer Hilfe der EU für die afghanische Bevölkerung ankündigen, um den dringenden Bedarf in Afghanistan und in der Region zu decken. Dies schließt 18 Mio. Euro ein, die in diesem Jahr für Iran und Pakistan bereitgestellt werden.

Die humanitäre Hilfe der EU zielt ab auf die spezialisierte medizinische Versorgung, die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Unterkünfte sowie den Schutz der Zivilbevölkerung und Bildungsprojekte für die afghanische Bevölkerung und die in die Nachbarländer vertriebenen Afghanen. Davon sind 2 Mio. Euro für eine Reihe von Flügen im Rahmen der humanitären Luftbrücke der EU vorgesehen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2197

Eurobarometer: Rolle der EU beim Zugang zu COVID-19-Impfstoffen

66% der Deutschen und 71% der Europäer*innen sind weitgehend zufrieden mit der Rolle der EU beim Zugang zu COVID-19-Impfstoffen. Dies geht aus einer am 31.03.2022 veröffentlichten Flash-Eurobarometer-Umfrage hervor. Die Ergebnisse bestätigen die positiven Trends, die in der ersten Umfrage vom Mai 2021 festgestellt wurden.

Laut den Ergebnissen der Umfrage vom Februar 2022 sind mehr als sieben von zehn Europäer*innen der Meinung, dass die Europäische Union eine Schlüsselrolle dabei spielt, ihnen Zugang zu COVID-19-Impfstoffen in ihrem Land zu geben. In Deutschland sind nur 45% (+ 11 Prozentpunkte) der Befragten zufrieden mit der Impfstrategie der EU, mit der nationalen Impfstrategie sind 47% der befragten Deutschen zufrieden, im Durchschnitt sind europaweit 48% zufrieden mit der jeweiligen nationalen Impfstrategie.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eurobarometer-deutsche-und-europaer-sind-mehrheitlich-zufrieden-mit-der-rolle-der-eu-beim-zugang-zu-2022-03-31_de

„Destination Earth“ –Bekämpfung des Klimawandels und zum Schutz der Natur

Die Kommission hat am 30.03.2022 gemeinsam mit verschiedenen Partnern den Startschuss für die [Initiative „Destination Earth“](#) gegeben, die zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen soll. Die Initiative ist bis Mitte 2024 mit zunächst 150 Mio. Euro aus dem [Programm „Digitales Europa“](#) ausgestattet und dient der Entwicklung eines hochpräzisen digitalen Modells der Erde. Dieses wird helfen, natürliche Vorgänge und menschliche Aktivitäten zu beobachten, zu modellieren und vorherzusagen und Szenarien für eine nachhaltigere Entwicklung zu entwickeln und zu testen. Hochwertige Informationen, digitale Dienste, Modelle, Szenarios, Prognosen und Visualisierungen werden zunächst Nutzer*innen des öffentlichen Sektors und später der wissenschaftlichen Gemeinschaft, dem Privatsektor und der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1977

Der Grüne Deal: Nachhaltige Produkte als Norm / Europas Ressourcenunabhängigkeit

Die Kommission legt am 30.03.2022 ein Paket von Vorschlägen im Rahmen des europäischen Grünen Deals vor, um *nachhaltige Produkte in der EU zur Norm zu machen*, kreislauforientierte Geschäftsmodelle zu fördern und die Verbraucher*innen beim grünen Wandel zu stärken.

Wie im Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft angekündigt schlägt die Kommission neue Vorschriften vor, um fast alle physischen Waren auf dem EU-Markt während ihres gesamten Lebenszyklus umweltfreundlicher, kreislauffähiger und energieeffizienter zu machen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2013

Stand Up For Ukraine: Neues System für Sachspenden aus dem Privatsektor

Im Rahmen der Kampagne „Stand Up For Ukraine“ hat die Europäische Kommission ein neues System geschaffen, mit dem Sachspenden aus dem Privatsektor in die Ukraine, die Republik Moldau und benachbarte EU-Mitgliedstaaten geleitet werden können. Dies soll dazu beitragen, Binnenvertriebene und Flüchtlinge mit dem Nötigsten zu versorgen.

Die EU wird die Bereitstellung umfangreicher Sachspenden lebenswichtiger Güter wie Arzneimittel, Impfstoffe, medizinische Ausrüstung, Zelte, Betten und Rettungsdecken koordinieren. Der Transport wird in Zusammenarbeit mit den belgischen Katastrophenschutzbehörden und über die strategische rescEU-Reserve im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens durchgeführt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2142

Europäische Koordinierung der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus Ukraine: Zehn-Punkte-Plan

Die EU will die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine besser koordinieren. Die EU-Kommission hat dazu gemeinsam mit der französischen Ratspräsidentschaft beim Sondertreffen der EU-Innenminister*innen einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt.

Geplant ist u.a. die Einrichtung einer EU-Registrierungsplattform zum Informationsaustausch über Schutzsuchende sowie ein auf EU-Ebene koordiniertes Konzept für Transport- und Informationsknotenpunkte. Die Kommission wird außerdem besondere Verfahren für die Überstellung unbegleiteter Minderjähriger erarbeiten.

Die vollständige Fassung des Zehn-Punkte-Plans ist [hier](#) abrufbar.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2152

Europäische Mobilitätswoche 2021

Kassel ist am 28.03.2022 mit dem Preis der Europäischen Mobilitätswoche 2021 für große Kommunen ausgezeichnet worden. Die Stadt hat lokale und regionale Verkehrspartner zusammengebracht, um die Änderung von Verhaltensweisen bei Kindern und Erwachsenen im Sinne einer nachhaltigen urbanen Mobilität zu fördern.

Kassel beeindruckte die Jury mit einer kreativen Reihe von Aktivitäten, von einer Schnitzeljagd bis hin zur Organisation barrierefreier Wander- und Radtouren. Außerdem ausgezeichnet wurden die Städte Valongo (Portugal), Tampere (Finnland) und Rethymno (Griechenland).

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/european-mobility-week-awards-2021-kassel-unter-den-hauptgewinnern-2022-03-29_de

REACT-EU: Deutschland erhält zusätzliche Unterstützung nach COVID-19-Pandemie

Die EU-Kommission hat am 28.03.2022 für Deutschland insgesamt 29,5 Mio. Euro zusätzliche Gelder zur wirtschaftlichen Erholung nach der COVID-19-Pandemie und zur Förderung des digitalen und grünen Wandels im Rahmen von REACT-EU genehmigt.

Davon erhält Hamburg 11,5 Mio. Euro. Diese sind für die Förderung von Forschung und Innovation, die Schaffung eines Kompetenzzentrums für Cybersicherheit und die Steigerung der Energieeffizienz vorgesehen.

Hessen bekommt zusätzliche 18 Mio. Euro, um die Innovationsinfrastruktur an Universitäten, Lehrkrankenhäusern und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu verbessern. Die Mittel werden zudem Start-ups in der Gründungsphase, insbesondere über den Investitionsfonds „Hessen Kapital III“, sowie kleine und mittlere Unternehmen in strukturschwachen Gebieten unterstützen.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/react-eu-deutschland-erhalt-rund-30-mio-euro-zusätzliche-unterstützung-nach-covid-19-pandemie-2022-03-28_de

Europäisches Jahr der Jugend: Neustart des Europäischen Azubi-Netzwerks

Die Europäische Kommission hat am 24.03.2022 in Barcelona ein erneuertes Europäisches Lehrlingsnetzwerk (EAN) ins Leben gerufen, das der dualen Ausbildung und dem Engagement junger Menschen neue Impulse verleihen soll. Mitgliedstaaten und Interessierte können sich an Aktivitäten zur Förderung der Lehrlingsausbildung und der Vertretung der Auszubildenden auf nationaler Ebene beteiligen.

Das Europäische Lehrlingsnetzwerk wurde 2017 im Rahmen der Europäischen Ausbildungsallianz gegründet. Seitdem haben seine Mitglieder an verschiedenen hochrangigen Diskussionen teilgenommen, um der Stimme der Auszubildenden Gehör zu verschaffen. Die Wiederbelebung des Netzwerks ist eine der Maßnahmen, die im Rahmen der Initiative zur Förderung der Jugendbeschäftigung geplant sind.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaisches-jahr-der-jugend-neustart-des-europaischen-azubi-netzwerks-2022-03-24_de

SURE: Dritter Bericht zeigt anhaltenden Erfolg

Die Kommission hat ihren dritten Halbjahresbericht über Umsetzung und Wirkung des SURE-Instruments veröffentlicht, das mit 100 Mrd. Euro ausgestattet ist und vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie dem Schutz von Arbeitsplätzen und Einkommen dient.

Im Bericht werden die Ergebnisse der beiden vorangegangenen Halbjahresberichte bestätigt. Das heißt, SURE hat im Jahr 2021 erfolgreich dazu beigetragen, die Auswirkungen der Pandemie abzufedern und die Erholung zu unterstützen. Im Jahr 2020 haben durch SURE unterstützte nationale Arbeitsmarktmaßnahmen fast 1,5 Mio. Menschen vor Arbeitslosigkeit geschützt. Dies war eine wesentliche Voraussetzung für die starke wirtschaftliche Erholung im Jahr 2021.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1987

Weltweite Ernährungssicherheit

Die Europäische Kommission hat am 23.03.2022 eine Reihe von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen zur Verbesserung der weltweiten Ernährungssicherheit und zur Unterstützung der Landwirt*innen sowie der Verbraucher*innen in der EU angesichts steigender Nahrungsmittelpreise und Kosten für Betriebsmittel wie Energie und Düngemittel vorgelegt.

Die Kommission wird alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die EU als Netto-Lebensmittelexporteur und führender Agrar- und Lebensmittelerzeuger zur weltweiten Ernährungssicherheit beiträgt, insbesondere in der Ukraine sowie in Nordafrika und im Nahen Osten – Regionen, die größtenteils auf Getreideeinfuhren angewiesen sind – sowie in Asien und Subsahara-Afrika. Die EU leistet einen wesentlichen Anteil der humanitären Hilfe und Entwicklungshilfe im Bereich Lebensmittel und Lebensmittelsysteme.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1963

Kommission genehmigt erste Interreg -Programme

Die ersten Interreg-Programme des Programmplanungszeitraums 2021–2027 wurden von der Kommission genehmigt; sie umfassen drei Programme der „Europäischen territorialen Zusammenarbeit“ mit Investitionen in Höhe von über 481 Mio. Euro.

Genehmigt wurden die Programme „Interreg Mitteleuropa“, die „Interreg Österreich – Deutschland (Bayern)“ und „Interreg Deutschland (Bayern) – Tschechien“. Die Mittel werden entsprechend den Prioritäten der EU für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Europa zugewiesen.

Im Programmplanungszeitraum 2021–2027 stehen für die sechste Generation von Interreg-Programmen insgesamt fast 10 Mrd. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1868

Ukraine: 3,4 Mrd. Euro REACT-EU-Vorfinanzierung für Mitgliedstaaten

Die Kommission hat am 23.03.2022 vorgeschlagen, die gesamte Vorfinanzierung aus der [Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas](#) (REACT-EU) um 3,4 Mrd. Euro aufzustocken, um Mitgliedstaaten zu unterstützen, die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine willkommen heißen und bei sich aufnehmen.

Nach der Annahme durch die Mitgesetzgeber wird diese direkte Liquiditätsspritze zusammen mit der Flexibilität, die der [Einsatz von Kohäsionsmitteln zugunsten von Flüchtlingen in Europa](#) (Cohesion's Action for Refugees in Europe/CARE) bietet, den Zugang der Mitgliedstaaten zu Mitteln beschleunigen, die sie für Infrastruktur, Unterbringung und Ausstattung sowie für Leistungen in den Bereichen Beschäftigung, Bildung, soziale Inklusion, Gesundheitsversorgung und Kinderbetreuung aufwenden können.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1961

Europäisches Forum für humanitäre Hilfe

Die Europäische Kommission und der französische Vorsitz im Rat der Europäischen Union veranstalteten vom 21. bis zum 23.03.2022 in Brüssel das erste Europäische Forum für humanitäre Hilfe, an dem zahlreiche Akteure der humanitären Hilfe, darunter die EU und ihre Mitgliedstaaten, wichtige Geber, von der Krise betroffene Länder und humanitäre Partnerorganisationen, teilnahmen.

Das erste Europäische Forum für humanitäre Hilfe befasste sich mit der Festlegung der Mittel, mit denen die Hilfe für Menschen in Krisensituationen verstärkt werden soll. Von diesem Forum gingen neue Impulse für die Überlegungen aus, die über zentrale Aspekte der humanitären Hilfe (Wirksamkeit und Effizienz, Aufstockung der Finanzmittel, Ökologisierung und Einhaltung des humanitären Völkerrechts) angestellt werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1974

Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt („PEPP“)

Ab dem 22.03.2022 findet die Verordnung über ein Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt („PEPP“), die 2019 angenommen wurde, Anwendung. Damit wird der Weg für ein neues EU-weites Altersvorsorgeprodukt auf freiwilliger Basis geebnet, in dessen Rahmen Bürger*innen auf ihren Ruhestand hin sparen können; und das von einem breiten Spektrum von Finanzunternehmen in der gesamten EU bereitgestellt werden kann.

Das PEPP – ein wichtiger Teil des Aktionsplans der Kommission zur Stärkung der Kapitalmarktunion – wird als Ergänzung der öffentlichen und betrieblichen Rentensysteme neben den bestehenden privaten Rentensystemen auf nationaler Ebene zur Verfügung stehen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1941

Flüchtlinge aus der Ukraine: Richtlinie über vorübergehenden Schutz

Seit Beginn der russischen Militärintervention in der Ukraine am 24.02.2022 sind mehr als 3 Mio. Menschen vor dem Krieg in diesem Land geflohen, Schätzungen der UN zufolge sind mehr als die Hälfte davon Kinder. In Reaktion auf diese beispiellose Situation hat die EU in Rekordzeit vereinbart, die [Richtlinie über vorübergehenden Schutz](#) zu aktivieren, um Menschen zu helfen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen. Die Richtlinie trat am 04.03.2022 unmittelbar in Kraft und gewährleistet nun sofortigen Schutz und einen klaren Rechtsstatus für Millionen von Menschen.

Die Kommission legte am 18.03.2022 [Leitlinien](#) vor, mit denen die Mitgliedstaaten bei der Anwendung der Richtlinie unterstützt werden. Die umfassenden Leitlinien werden den aus der Ukraine eintreffenden Menschen dabei helfen, ein kohärentes und wirksames Maß an Rechten in Anspruch nehmen zu können, und die Mitgliedstaaten werden dabei unterstützt, ihrer neuen Verantwortung gerecht zu werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1727

REACT-EU: 39 Mio. für Baden-Württemberg und Bayern

Dank neuer Zuschüsse im Rahmen der Wiederaufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas ([REACT-EU](#)) erhalten Deutschland, Dänemark und Spanien zusätzliche Mittel in Höhe von mehr als 171 Mio. Euro. Das hat die Europäische Kommission heute (Freitag) bekanntgegeben.

In Deutschland erhält Baden-Württemberg zusätzliche Mittel in Höhe von 27 Mio. Euro aus dem [Europäischen Fonds für regionale Entwicklung \(EFRE\)](#). Diese Mittel werden für die Finanzierung von Forschung und Entwicklung verwendet und tragen zum Beispiel zur Erforschung des COVID-19-Virus bei. Darüber hinaus werden kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei Investitionen in Innovationen unterstützt, um ihre Wettbewerbsfähigkeit und Krisenresistenz zu verbessern.

In Bayern erhält der [Europäische Sozialfonds \(ESF\)](#) 12 Mio. Euro, um die von der Coronavirus-Pandemie am stärksten betroffenen Menschen zu unterstützen, z.B. durch die Einstellung von zusätzlichem Lehr- und Betreuungspersonal in der frühkindlichen Bildung in finanziell schwächeren Kommunen. Mit den neuen Mitteln wird u.a. auch die berufliche Weiterbildung von 700 Personen unterstützt, um die Kompetenzen für die digitale und grüne Transformation der Wirtschaft zu verbessern.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-aufbaufonds-react-eu-baden-wuerttemberg-und-bayern-erhalten-zusatzlich-rund-39-millionen-euro-zur-2022-03-18_de

EU-Kohäsionspolitik: Kohesio-Plattform

Die Kommission hat am 17.03.2022 zu Beginn des 8. Kohäsionsforums die neue Plattform „Kohesio“ eröffnet: eine öffentliche Online-Plattform mit umfassenden Informationen zu mehr als 1,5 Mio. Projekten, die seit 2014 aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Kohäsionsfonds und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) in den 27 Mitgliedstaaten kofinanziert wurden.

Zum ersten Mal werden mit dieser umfassenden Plattform der breiten Öffentlichkeit Projektdaten in allen EU-Sprachen zur Verfügung gestellt. Die Einrichtung dieser Plattform erforderte eine enge Zusammenarbeit mit den Verwaltungsbehörden in den Mitgliedstaaten und Regionen, da die Kohäsionsprojekte von nationalen und regionalen Behörden verwaltet werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1767

Öffnung des internationalen Beschaffungswesens

Ein neues Instrument zum internationalen Beschaffungswesen (IPI) verleiht der EU mehr Hebelwirkung für die Öffnung von Märkten für öffentliche Aufträge außerhalb der EU und schafft für EU-Unternehmen mehr Chancen. Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Rat haben am 15.03.2022 eine politische Einigung zu dem Instrument erzielt.

Der Markt für öffentliche Aufträge in der EU gehört zu den größten und zugänglichsten in der Welt. Trotz dieser Offenheit wenden jedoch viele der wichtigsten Handelspartner der EU auf ihren eigenen Märkten restriktive, Unternehmen aus der EU diskriminierende Praktiken an. Diese Beschränkungen betreffen wettbewerbsorientierte EU-Branchen wie Bau, öffentlicher Verkehr, Medizinprodukte, Stromerzeugung und Arzneimittel. Das IPI wird dazu beitragen, dieses Problem anzugehen, indem die EU in die Lage versetzt wird, als letztes Mittel den Zugang ausländischer Unternehmen zum Markt für öffentliche Aufträge in der EU zu beschränken.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/offnung-des-internationalen-beschaffungswesens-unternehmen-aus-der-eu-können-künftig-leichter-2022-03-15_de